

Antrag Nr. 16-F-03-0112

Grüne

Betreff:

Ladezonen für Wirtschaftsverkehr
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31.10.2016 -

Antragstext:

Mehr als ein Ärgernis sowohl für Fußgänger und Radfahrer als auch für den Auto- und Busverkehr ist die Häufigkeit der illegal auf Fuß- und Radwegen sowie auf der Fahrbahn in 2. Reihe und im Halteverbot abgestellten Fahrzeuge des Wirtschaftsverkehrs. Dies beeinträchtigt erheblich die Verkehrssicherheit und den Verkehrsfluss für alle Verkehrsteilnehmer.

Beispielsweise müssen Fußgänger und Radfahrer auf die Fahrbahn ausweichen, die Einsehbarkeit an Kreuzungen ist nicht mehr gegeben und es kommt zu Verkehrsstaus.

Für den Wirtschaftsverkehr selbst ist der Umstand des häufigen Falschparkens ökonomisch nachteilig, weil Bußgelder gezahlt werden müssen.

Es wäre folglich im Interesse aller, Lieferzonen einzurichten, damit der Wirtschaftsverkehr die Möglichkeit hat, Fahrzeuge legal zum Be- und Entladen in der Innenstadt abzustellen. Insbesondere betrifft dies die Straßen: Taunusstraße, Moritzstraße, Bleichstraße und Schwalbacher Straße in der Innenstadt sowie Rathausstraße und Straße der Republik in Biebrich.

Die Frankfurt University of Applied Sciences hat im Auftrag des Arbeitskreis Wirtschaftsverkehr (IHK Frankfurt am Main und House of Logistics) für die Stadt Frankfurt einen Forschungsbericht vorgelegt, der die „Optimierung des Wirtschaftsverkehrs in der Frankfurter Innenstadt“ zum Gegenstand hat. Der Bericht hat Verkehrs- und Mobilitätsdaten analysiert, Verkehrserhebungen zum Wirtschaftsverkehr sowie Befragungen von Lieferanten vor Ort und Interviews mit Verantwortlichen aus der KEP-Branche (Kurier-, Express-, Paketdienstleistern) durchgeführt. Im Schlussbericht ist ein Maßnahmenkatalog für die Frankfurter Innenstadt aufgeführt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

eine Forschungseinrichtung zu beauftragen, einen Bericht für Wiesbaden, analog des Forschungsberichts der Frankfurt University of Applied Sciences „Optimierung des Wirtschaftsverkehrs in der Frankfurter Innenstadt“, zu erstellen.

Dieser soll neben einer Analyse der Problemlage einen Maßnahmenkatalog zur Ausweisung von Liefer- bzw. Be- und Entladezonen für von illegal parkendem Wirtschaftsverkehr besonders betroffene Straßen enthalten.

Wiesbaden, 02.11.2016

Claus-Peter Große
Verkehrspolitischer Sprecher

Carola Pahl
Fraktionsreferentin